

Willkommenskultur und Teilhabe für Flüchtlinge

„Hilfe für Menschen auf der Flucht ist unser biblischer Auftrag“ – Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July spricht zum Themenjahr „Bild und Bibel“



Die Stellung der Landeskirche in der EKD stärken, das will Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July

Eine Willkommenskultur und Teilhabemöglichkeiten für Flüchtlinge forderte Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July in seinem Bericht „Nach Gottes Bild geschaffen“ – Zum Themenjahr „Reformation – Bild und Bibel“. „Hilfe für Menschen auf der Flucht ist für uns nicht nur eine humanitäre Herausforderung“, sagte der Landesbischof, „sie ist unser biblischer Auftrag.“ Er rief die Kirchengemeinden dazu auf, die Suche nach geeigneten Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen, und sicherte dafür finanzielle Hilfen der Landeskirche zu.

Weiter warnte July vor den Konsequenzen einer Freigabe der organisierten Sterbehilfe: „Über kurz oder lang würde der gesellschaftliche Druck entstehen, dass Menschen ab einem gewissen

Grad der Gebrechlichkeit nicht mehr leben wollen sollten. Dieser gesellschaftliche Klimawandel wäre irreversibel.“

In seinem Ausblick auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag im kommenden Jahr in Stuttgart warb der Landesbischof für eine Beteiligung der Kirchengemeinden am traditionellen

„Abend der Begegnung“: „Wir können gute Gastgeber sein und wollen, dass unsere Gäste das auch so erleben.“

Zudem solle die Stellung der württembergischen Landeskirche im Rahmen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gestärkt werden.

Zum Jahresthema „Bild und Bibel“ in der Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 führte der Landesbischof aus, dass sich in der evangelischen Liebe für Gottes Wort eine Wertschätzung der Bilder, aber auch eine Beschränkung von deren Macht zeige. Kriterium für das Evangelium wie für die Bilder sei das, „was Christum treibt“. Gleichzeitig sei in keinem Bild die göttliche Gegenwart selbst fassbar.

In der strategischen Planung der Landeskirche zum Verhältnis von Kirchenmitgliedschaft und Öffentlichkeit gehe es vor allem um die generationensensible Mediennutzung, die Vernetzung landeskirchlicher Einrichtungen, dialogische Medienstrukturen und den Ausbau kirchlicher Angebote im Internet, so July.

Aus dem Inhalt

3/2014

Zur Situation von Flüchtlingen und verfolgten Christen

Seite 3-4

„Wir schöpfen gegenwärtig aus dem Vollen“ – Haushalt beschlossen

Seite 7

Aktuelle Stunde: Synode diskutiert über das Thema Sterbehilfe

Seite 10

Nicht nur Almosen für Kunst

Synodale sprechen sich für eine intensivere Auseinandersetzung mit der Gegenwartskunst und eine Stärkung der Medienarbeit aus.

In der Aussprache zum Bischofsbericht sagte Matthias Hanßmann für den Gesprächskreis „Lebendige Gemeinde“, die digitale Bilderwelt verändere in rasantem Tempo die Wahrnehmung und das Verhalten der Bevölkerung. Auch die Kirche habe sich deshalb zu fragen: „Wie können wir den virtuell orientierten Menschen Räume anbieten, in denen sie in bester Weise Gott hören?“

Robby Höschele verwies im Namen des Gesprächskreises „Offene Kirche“ auf den erstmals verliehenen Kunstpreis der Landeskirche und fragte: „Finden Sie nicht, dass eine Landeskirche im Format der unseren für die Kunst durchaus ein mittelfristig verlässliches und regelmäßiges Budget von vielleicht 50.000 Euro verfügbar machen sollte?“

Peter Schaal-Ahlers mahnte für den Gesprächskreis „Evangelium und Kirche“: „Dass die Kirche heute auch in den neuen Medien auf vielen Kanälen kommunizieren muss, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen, haben wir oft zu wenig im Blick.“ Das Priestertum aller Gläubigen gelte allerdings auch hier: „Wir dürfen darauf vertrauen, dass auch die Einzelnen ihren Gottesdienst im Alltag der Welt – also auch vor dem PC – leben.“

Martin Allmendinger forderte für den Gesprächskreis „Kirche für morgen“: „Wir müssen uns auch in der digitalen Welt viel deutlicher zu Wort melden. Das ist nur möglich mit entsprechendem Personal- und Finanzeinsatz.“ In der Frage der Sterbehilfe habe sich der Gesprächskreis noch keine abschließende Meinung gebildet.

Thomas Wingert (Jettingen) forderte einen Ausbau des kirchlichen Engagements im privaten Rundfunk und Fernsehen sowie auf Internetplattformen wie YouTube: „All das, und

das sieht man an den Zugriffszahlen, ist viel effektiver, als wir gemeinhin wahrnehmen.“

Siegfried Jahn (Blaufelden) sprach sich für einen Bilderverzicht in Gottesdiensten aus: „Im Gottesdienst geht es nicht darum, möglichst viele Bilder zu machen, sondern darum, uns einzulassen auf die Beziehung zueinander.“ Dem widersprach Tabea Dölker (Holzgerlingen): „Wenn Kirche auf diese Weise in Erinnerung bleibt, wenn Feste sich verbildlichen in meinem Gedächtnis und ich 30 Jahre später meinem Kind seine Taufe vorführen kann, ist das ein ganz wichtiges Zeichen, das wir nicht unterdrücken sollten.“

Elke Dangelmaier-Vinçon (Ludwigsburg) bezeichnete es als „einen Standortfaktor der Kirche, sich sprachfähig zu machen, sich sprachfähig zu halten und sich an die moderne Gegenwartskunst anschließen zu können“. Für den Bereich „Kirche und Kunst“ forderte sie „nicht nur Almosen, sondern eine gute Ausstattung“.

Eva Glock (Heidenheim) äußerte sich auch als EKD-Synodale zu der vom Landesbischof eingeforderten Stärkung der württembergischen Position in der EKD: „Wir von Evangelium und Kirche unterstützen den Kurs der württembergischen Landeskirche zur Stärkung der EKD und den Dienst an ihrer Einheit durch den klaren Hinweis, dass die Gliedkirchen und nicht die Bünde UEK und VELKD die EKD konstituieren, ganz im Sinne der Tradition von Landesbischof Wurm.“

Dr. Willi Beck (Sulzbach) forderte eine milieusensible Bilder- und Medienarbeit: Es sei wichtig, „darüber nachzudenken, welche Bilder, welche Werbespots, welche Filme, welche Medien dienen in den einzelnen Milieus zur Glaubenshilfe und zur Glaubensstärkung“.



Pfarrer Martin Junge,
Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes

„Für Gerechtigkeit und Frieden“

Mit Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July habe der Lutherische Weltbund einen engagierten Vizepräsidenten, der die Begleitung von Kirchen vor Ort gerne aufnimmt, so Pfarrer Martin Junge, Generalsekretär des LWB, in einem Grußwort an die Synode: „Wir sind angewiesen auf solidarische Weggemeinschaft mit anderen Kirchen, um gemeinsam Gottes befreiende Botschaft von der Vergebung zu verkündigen und zu leben.“ Der LWB sei gegründet worden, um auf humanitäre Notlagen zu reagieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren überwiegend Europäer auf der Suche nach (Über-)Leben, so Junge. Heute kämen diese Menschen u. a. aus Syrien und dem Irak. Zurzeit betreue der LWB weltweit zwei Millionen Flüchtlinge. Durch die Partnerschaft mit der Hilfsorganisation „Islamic Relief Worldwide“ wolle der LWB „ein kräftiges Zeichen setzen, dass Religion kein Stolperstein sein soll für Menschen und Gesellschaften, die in Frieden miteinander leben wollen“. Der Dienst des LWB an Flüchtlingen werde von der württembergischen Landeskirche tatkräftig unterstützt. Junge verband seinen Dank mit der Bitte: „Europa tut viel. Deutschland tut im europäischen Vergleich viel. Und doch meine ich, dass Deutschland und Europa im Angesicht der humanitären Notlage mehr werden tun müssen.“

Die Kirche ist für eine Willkommenskultur zuständig

Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache ist nach Überzeugung von Flüchtlingen und kirchlichen Flüchtlingsexperten wichtiger Baustein einer guten Willkommenskultur. Bei der Herbsttagung der Landessynode war die Flüchtlingsarbeit ein Schwerpunkt. Betroffene kamen bei einem Podiumsgespräch zu Wort.

„Für die Grundversorgung der Flüchtlinge ist der Staat zuständig. Für eine Willkommenskultur muss auch die Kirche mit ihren Gemeinden etwas tun.“ Dieses Fazit zog Synodalpräsidentin Inge Schneider nach einem Podiumsgespräch mit Flüchtlingen und in der Flüchtlingsarbeit Engagierten.

„Wir fühlen uns in Eschenbach gut aufgenommen“, erklärte Adnan Al-Barawi. Der 46-jährige Syrer lebt mit seiner Ehefrau und vier Kindern, von denen das älteste fünfeinhalb Jahre alt ist, im Pfarrhaus in Eschenbach (Kreis Göppingen). Er schilderte, wie die zunehmende Gewalt in Syrien die Familie zur Flucht zwang. Sein größter Wunsch sei, dass vor allem seine Kinder schnell Deutsch lernen und sich einleben.

Rothraut Holzinger, die ehrenamtlich Flüchtlinge in Eschenbach begleitet, sieht Defizite gerade beim derzeitigen Angebot an Deutschkursen für Flüchtlinge. Es gebe einen „Riesenbedarf“, meinte sie. Allerdings würden Deutschkurse von staatlicher Seite erst ab 15 Personen organisiert.

Sie forderte, diese auch für kleinere Gruppen anzubieten.

Flüchtlingsdiakonin Annette Walter aus Heilbronn betonte, Begegnungen und Gespräche seien der Schlüssel zu einer guten Aufnahme von Flüchtlingen. „Viele Menschen fühlen sich überfordert, weil mittlerweile wieder große Unterkünfte mit bis zu 50 Leuten auch in kleineren Orten entstehen“, erklärte sie. Es gebe immer wieder Unsicherheiten und Ängste vor dem Fremden. „Wir ermutigen die Leute, auf die Neuankömmlinge zuzugehen. Dann verändert sich häufig die Sichtweise“, so Walter. Ihre Aufgabe als Flüchtlingsdiakonin sei vor allem, Kirchengemeinden und Freundeskreise bei ihrer Flüchtlingsarbeit zu begleiten und zu beraten. Pfarrerin Karin Lindner aus Eschenbach nannte eine gute Vernetzung von Kommune, Kirche, Vereinen und ehrenamtlichen Bürgerinitiativen als wichtige Voraussetzung für eine gute Willkommenskultur.

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, würdigte in seinem Bericht das zusätzliche finanzielle Engagement der Landeskirche in Höhe von 2,15 Millionen Euro. Er sprach von einem folgerichtigen Schritt, „mit dem wir die Unterstützung von Kirchengemeinden und Flüchtlingsfreundeskreisen ausbauen können“. Geplant ist die Einrichtung weiterer regionaler Koordinationsstellen, um Beratung vor Ort zu gewährleisten. Außerdem soll ein „Fonds für Kleinprojekte in Kirchengemeinden“ Angebote für Flüchtlinge finanzieren helfen. Zudem sieht Kaufmann Bedarf für eine verstärkte psychotherapeutische Versorgung traumatisierter Flüchtlinge.

„Wir brauchen Menschen, die sich im Flüchtlingsthema gut auskennen“, betonte Götze Kanzleier (Ostelsheim) in der anschließenden Aussprache. Er begrüße es, wenn Know-how aufgebaut werde, „damit die Maßnahmen nicht zum Strohfeuer werden“. Angelika Klingel (Heimsheim) wies darauf hin, dass fast die Hälfte aller Flüchtlinge Frauen und Mädchen seien, die in besonderer Weise von Gewalt betroffen sind. „Sie brauchen besonderen Schutz“, forderte Klingel. Ernst-Wilhelm Gohl (Ulm) wies auf ein Projekt der Aktion Sühnezeichen in Ulm hin, das von der Landeskirche unterstützt werde. Damit sollen Vorurteile gegen Flüchtlinge bei Jugendlichen abgebaut werden. „Ich hoffe, dass solche Initiativen weiter wirken“, so Gohl. Werner Trick (Freudenstadt) sieht in der Flüchtlingsarbeit eine langfristige Aufgabe. Er forderte die Synode auf, „zu überlegen, ob wir auch im nächsten Haushalt Gelder zur Verfügung stellen“.



Jürgen Kaiser (Mitte) im Gespräch mit Engagierten in der Flüchtlingshilfe und Betroffenen

„Intoleranz hat häufig mit mangelnder Bildung zu tun.“

Die württembergische Landeskirche legt den Finger in die Wunde: Seit über zehn Jahren beschäftigt sie sich regelmäßig mit der Situation verfolgter Christen. Kirchenrat Klaus Rieth, Leiter des Referats Mission, Ökumene und Entwicklung, spricht im bub-Interview über die Lage der Christen in Syrien und im Irak.

Sie haben der Synode über die katastrophale Lage der Christen im Irak und in Syrien berichtet. Wird es in zehn Jahren im Stammland der Aramäer noch Christen geben?

Klaus Rieth: Ja. Diese Hoffnung habe ich. Soweit es an uns als württembergischer Landeskirche liegt, tun wir alles dafür, dass in dieser Gegend, wo die ersten Gemeinden und Kirchen entstanden sind, auch in Zukunft Christen leben werden.

Aber momentan hat man eher den Eindruck, als ob die Hoffnung schwinden würde.

Klaus Rieth: Wie lange die Situation so schwierig bleibt, weiß man in der Tat nicht. Aber ich habe den Eindruck, dass die Zeit des „Islamischen Staats (IS)“ dem Ende zugeht. Derart extreme Gruppen halten sich in unserer globalisierten Welt nicht auf Dauer. Der Widerstand gegen diese grausame Bewegung wächst weltweit. Auch wir sind ein Teil davon. Ich gehe momentan davon aus, dass wir unsere christlichen Brüder und Schwestern im Nordirak so schützen können, dass sie dort bleiben können. Dabei spielt auch die kurdische Regierung eine maßgebliche Rolle. Sie möchte einen multireligiösen und multiethnischen Staat aufbauen und legt großen Wert auf die Anwesenheit der Christen.

Wie wird es in Syrien weitergehen?

Klaus Rieth: Dort herrscht ein offener Krieg. Meine Vermutung ist, dass es auf eine Verteilung des Landes in einen sunnitischen, einen schiitischen, einen alevitischen und einen kurdischen Teil hinauslaufen wird. Wir hoffen, dass die Christen in mindestens einem der Teile geduldet werden.

Christliche Gemeinden sind ja nicht nur im Nahen und Mittleren Osten unter Druck. Woran

liegt es, dass die Intoleranz anderen Religionen gegenüber in islamischen Ländern zuzunehmen scheint?

Klaus Rieth: Die Intoleranz nimmt regional zu, aber nicht weltweit. In der Türkei etwa bewegt sich der Staat sehr in Richtung Toleranz gegenüber Christen. In Nigeria ist es genau umgekehrt. Hier sehen wir, dass Christen gezielt angegriffen werden, weil sie Christen sind. Doch die Ursachen für Verfolgung sind in den seltensten



Kirchenrat Klaus Rieth berichtet über die Lage der Christen in Krisenländern

Fällen nur in der Religion zu finden. Häufig geht es auch um Macht, Stammeszugehörigkeit, Korruption und Armut. Es geht häufig darum, wer gerade wo Einfluss hat. Mangelnde Bildung ist ebenfalls ein großes Problem. Und in Nigeria versagt der Staat bisher fast komplett angesichts der Bedrohung von Boko Haram.

Was tut die Evangelische Landeskirche in Württemberg, um verfolgten Christen zu helfen?

Klaus Rieth: Die Synode stellt mit diesem Haushalt weitere 2,15 Millionen Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung. Ein Teil geht in Nothilfe für die Flüchtlinge im Nahen und Mittleren Osten. Der zweite Teil geht in die Flüchtlingsarbeit hier. Außerdem versuchen wir unsere Partner, die christlichen Kirchen im Nordirak, zu stärken, indem wir sie besuchen. Das wird von ihnen sehr geschätzt, oft mehr als Geld. Sie sehen dadurch, dass wir solidarisch sind und sie nicht vergessen. Bei den Besuchen sprechen wir auch immer mit Regierungsvertretern und der deutschen Botschaft, damit sie ihren Einfluss geltend machen und die Christen schützen.

Starkes Zeichen der Solidarität

Die Synodalen setzten am letzten Tag noch einmal ein starkes Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen. In einer einstimmig angenommenen Resolution ist für sie in Syrien und im Nordirak eine „schnelle, eindeutige politische Lösung“ nicht in Sicht: „Beides, Eingreifen oder Nichteingreifen, bedeutet, schuldig zu werden und weitere Opfer hinzunehmen.“ Im Wissen um diese Spannung appelliere die Synode dennoch an die Verantwortlichen in Politik und Kirche, alles zu tun, damit Flüchtlinge Aufnahme finden und sicher leben können. Außerdem danke sie allen, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

EKD-Synode in Dresden

Im Mittelpunkt: Wahl des neuen EKD-Ratsvorsitzenden und Neuregelung des Miteinanders zwischen EKD, VELKD und UEK

Der Herbsttagung der württembergischen Landes-synode ging Anfang November die Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Dresden voraus. Im Mittelpunkt: die Wahl des bayerischen Landesbischofs Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm zum neuen EKD-Ratsvorsitzenden. Bedford-Strohm sei ein Mensch mit scharfem Intellekt, der gut mit den Medien, aber auch mit unterschiedlichen kirchlichen Gruppierungen umgehen könne, sagte der EKD-Synodale und Dekan des Kirchenbezirks Schorndorf, Volker Teich, in seinem Bericht. Außerdem diskutierte die EKD-Synode über eine Weiterentwicklung des so genannten Verbindungsmodells. Im Kern gehe es dabei um das Miteinander der VELKD (Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschland), der UEK (Union Evangelischer Kirchen)

und der EKD, so Teich. Er kündigte eine Grundordnungsänderung der EKD an, über die die Landessynode in absehbarer Zeit abstimmen müsse. In ihr soll festgelegt werden, dass die EKD nicht nur ein Kirchenbund ist, sondern selbst Kirche auf Basis der Leuenberger Konkordie. Die EKD bleibe die Gemeinschaft der Gliedkirchen und nicht der Kirchenbünde, betonte Teich. „Der föderale Charakter bleibt erhalten.“

Die Jugenddelegierten der EKD-Synode beschäftigten sich mit der Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft. Mit dem Evangelischen Medienhaus sei man in Württemberg vorbildlich aufgestellt, betonte Teich. „Dies muss aber in der kommenden Zeit gepflegt werden. Ohne Ausgaben geht auch in diesem Bereich nichts.“

Wahlen und Zuwahlen

Neben der Wahl der Mitglieder in die EKD-Synode wurden der Synode vier Personen zugewählt.

Für die EKD-Synode wurden neue Mitglieder gewählt. Ebenso wurde die Zuordnung zur Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen (UEK) und zur Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) beschlossen (**Mitglied**, 1. Stv., 2. Stv.): **Andrea Bleher** (VELKD), Martin Allmendinger, Dieter Abrell. **Tabea Dölker** (UEK), Inge Schneider, Ulrich Hirsch. **Eva Glock** (UEK), Kurt Wolfgang Schatz, Eberhard Daferner. **Jutta Henrich** (UEK), Prof. Dr. Martin Plümicke, Kerstin

Vogel-Hinrichs. **Robby Höschele** (UEK), Anita Gröh, Amelie Hödl. **Steffen Kern** (VELKD), Beate Keller, Maike Sachs. **Dr. Friedemann Kuttler** (UEK), Michael Fritz, Franziska Stocker-Schwarz. **Werner Stepanek** (VELKD), Sigrid Erbes-Bürkle, Ruth Bauer.

Außerdem wurden vier Personen der Synode zugewählt: Günter Blatz für die Lebendige Gemeinde, Sabine Foth und Marina Walz-Hildenbrand für die Offene Kirche und Peter L. Schmidt für Kirche für morgen.

„Dritter Weg“ beim Arbeitsrecht

Die württembergische Landeskirche wird ihr Arbeitsrecht neu regeln. Nach den Urteilen des Bundesarbeitsgerichts vom November 2012 können Kirchen und die Diakonie den „Dritten Weg“ dann beibehalten, wenn sie Gewerkschaften bei ihrer Arbeitsrechtssetzung beteiligen. Unter dem „Dritten Weg“ versteht man, dass die Löhne und andere grundlegende Arbeitsbedingungen durch Gremien, die paritätisch aus den Reihen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber besetzt sind, festgelegt werden und nicht im Rahmen von Tarifverhandlungen („Zweiter Weg“) oder durch einseitige Vorgaben des Arbeitgebers („Erster Weg“).

Württemberg will sich dem bestehenden Gesetz der EKD weitgehend inhaltlich anschließen, jedoch am „Dritten Weg“ in der württembergischen Ausgestaltung festhalten. Dieser entspreche allen Anforderungen an ein geordnetes und faires Verfahren und sei auch weiterhin zur Lösung von Konflikten in der Lage, sagte Oberkirchenrat Erwin Hartmann. Er hält die Frage nach Tarifverträgen auch nur vordergründig für die zentrale Fragestellung: „Die entscheidende Herausforderung für uns alle liegt vielmehr darin, gemeinsam darum zu ringen, dass soziale Arbeit in unserer Gesellschaft wieder den ihr gebührenden Wert einschließlich einer hierzu erforderlichen finanziellen Ausstattung erhält“, so Hartmann.

Dieser Auffassung schloss sich die Synode an und verwies die weitere Bearbeitung an den Rechtsausschuss. Dr. Christian Heckel betonte, dass die betroffenen Verbände dort mündlich angehört werden sollen. 80 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg haben zum Auftakt der Beratungen am Eingang des Hospitalhofs die Synodalen auf ihren Wunsch nach Tarifverträgen aufmerksam gemacht.

Verlässlicher Religionsunterricht

Bei den Religionspädagoginnen und Religionspädagogen wird es nach dem Willen von Oberkirchenrat und Synode künftig vier statt bisher zwei Neueinstellungen pro Jahr geben.

In der Personalstrukturplanung für Religionspädagoginnen und Religionspädagogen werden seit 2008 die aktuellen Schülerzahlen sowie der Personal- und Finanzbedarf für die Unterrichtsversorgung erfasst und fortgeschrieben. Ziel sei es, „die kostenorientierte Mindestversorgung des Religionsunterrichts“ zu ermitteln, erläuterte Oberkirchenrat Werner Baur, der die aktualisierte Modellrechnung der Synode präsentierte.

Zu den sich abzeichnenden Veränderungen stellte Baur fest: Zwar sei weiterhin mit einem Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen, „allerdings nicht in dem Maße, wie die Prognosen erwarten ließen“. Auf der anderen Seite lägen die von Gemeindepfarrern und -pfarrerinnen erteilten Unterrichtsstunden aufgrund des Pfarrstellenabbaus und des Anstiegs der Altersermäßigungen deutlich unter der bisher angenommenen und aufzubringenden Stundenzahl, für die die Landeskirche Staatleistungen erhalte. Verschärft würde das Problem durch den steigenden Renteneintritt von Religionspädagogen und -pädagoginnen. Aus diesen Gründen drohe mittelfristig eine Unterversorgung beim Religionsunterricht. Mit zwei Neueinstellungen pro Jahr, wie bisher vorgesehen, sei eine kostenorientierte Mindestversorgung des Religionsunterrichts durch kirchliche Lehrkräfte nicht mehr zu gewährleisten. Eine Erhöhung auf vier neue Stellen pro Jahr sei zudem ein wichtiges Signal an die Ausbildungsstätten. Dieser Einschätzung schlossen sich auch Siegfried Jahn, der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Jugend, und Kai Münzing, der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, in ihren Berichten an. In einem persönlichen Votum fügte Münzing hinzu: „Die Formulierung ‚kostenorientierte Mindestversorgung des

Unterrichts‘ entspricht in meinem Verständnis keinesfalls dem hohen Engagement und den aktuell steten Veränderungen, mit denen Religionspädagoginnen und -pädagogen konfrontiert sind.“

Unterstützung für die Verdoppelung der Zahl der Neueinstellungen sicherten Synodale aus den verschiedenen Gesprächskreisen in der Aussprache zu. Dr. Harry Jungbauer, Schuldekan

verschiedenen Schulen versehen muss, ist damit zu rechnen, dass eine solche Stelle nur schwer neu zu besetzen ist.“ Ute Mayer (Ditzingen) fragte, ob es im Sinne der gebotenen Flexibilität noch zeitgemäß sei, die Personalstrukturplanung für Religionspädagogen und -pädagoginnen sowie für Pfarrer und Pfarrerinnen getrennt vorzunehmen. Für eine größere Flexibilisierung votierte auch Schuldekan Kurt Wolfgang Schatz



Dekan Siegfried Jahn ergreift für den Ausschuss Bildung und Jugend das Wort

von Aalen-Heidenheim, bezeichnete die Religionspädagogik und das Gemeindepfarramt als „die beiden Säulen kirchlicher Bildungsarbeit“. Dass der Beruf des Religionspädagogen, der Religionspädagogin in einer sich verändernden Schullandschaft noch attraktiv bleibe, dafür votierte Amelie Hödl (Stuttgart): „Wenn ein Reli-Lehrer, eine Reli-Lehrerin Unterrichtsdeputate an fünf ver-

(Schwäbisch Hall) und mahnte, dass gerade die protestantische Kirche, die in der Bildung ein konstitutives Element für sich sehe, eine verlässliche Partnerin in den Schulen sein müsse. Dr. Waltraud Bretzger (Aalen-Heidenheim) erinnerte an die große Akzeptanz des evangelischen Religionsunterrichts auch unter nichtevangelischen Schülern und Schülerinnen gerade in der Diasporasituation.

Kastrup: „Ein einfacher Haushalt“

Die Synode hat den Haushaltsplan 2015 ohne Gegenstimme beschlossen und den landeskirchlichen Rechnungsabschluss 2013 zur Kenntnis genommen. Es sei ein „einfacher Haushalt“, sagte Finanzdezernent Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup, „weil wir gesamtwirtschaftlich bedingt gegenwärtig aus dem Vollen schöpfen“.

Schon 2013 waren die Einnahmen aus der Kirchensteuer höher als erwartet. Im laufenden Jahr rechnet Kastrup mit 645 Millionen Euro, elf Millionen mehr als im Vorjahr. Für das Jahr 2015 werden 660 Millionen Euro prognostiziert. 40 Prozent der Kirchensteuer fließen an die Kirchengemeinden. Diese seien 2015 finanziell gut ausgestattet. „In Zeiten, in denen die Kirchenmitgliederzahlen um deutlich über ein Prozent zurückgehen und der Höhepunkt eines Konjunkturzyklus überschritten zu sein scheint, sind Budgetsteigerungen von drei Prozent plus 20 Millionen Euro an Sondermittel keine Selbstverständlichkeit“, so Kastrup.

Das Volumen des landeskirchlichen Haushaltsbereichs beläuft sich auf 446,6 Millionen Euro, rund 60 Prozent davon stammen aus der Kirchensteuer. Der Personalkostenanteil beträgt knapp 75 Prozent. Die Zuführungen

an den Vermögenshaushalt (rund 64 Millionen Euro) übertreffen die Entnahmen aus dem Vermögen um mehr als 50 Millionen Euro. Größter Posten des landeskirchlichen Haushalts sind Gemeindepfarrdienst und gemeindenaher Seelsorgedienste (28 Prozent), gefolgt von der Versorgung des Pfarrdienstes (20 Prozent) und der Bildungs- und Jugendarbeit (14 Prozent). Davon macht der Religionsunterricht fast die Hälfte aus. Auf den Beschluss, die Mittel für die Flüchtlingsarbeit um einen Euro pro Kirchenmitglied (2,15 Millionen Euro) aufzustocken, hatten sich Landesbischof, Synode und Oberkirchenrat bereits vorab verständigt.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Michael Fritz mahnte zur Vorsicht. In den vergangenen Jahren seien die Einnahmen stärker gestiegen als die Ausgaben. Das könne sich 2018 wieder ändern. Jetzt gelte es, den verbleibenden und ver-



Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup bringt den Haushaltsentwurf ein

mutlich kleiner werdenden Gestaltungsspielraum zu nutzen. Fritz empfahl, sich dabei vor allem auf die noch offenen Versorgungs- und Beihilferisiken zu konzentrieren und die strukturellen Veränderungen auf der Gemeinde- und der Bezirksebene in den Blick zu nehmen. „Schrumpfende Gemeindegliederzahlen und ein deutlicher Rückgang der aktiven Pfarrerrinnen und Pfarrer ab dem Jahr 2020 erfordern ein vorausschauendes Handeln“, so Fritz. Weitere „größere strukturelle Baustellen“ seien das Tagungsstättenmanagement, das Einsparungen in Höhe von 1,2 Millionen erbringen solle, und das Diakonische Werk, das an der Beseitigung seines strukturellen Defizits arbeite.

Die Vorsitzende des Ausgleichsstocks Anita Gröh forderte, künftig sollten noch mehr Kirchengemeinden Immobilienkonzepte erstellen, um die Kosten zu begrenzen. Der Gesprächskreis Offene Kirche beantragte die Einrichtung einer Stelle für Friedenspädagogik am Pädagogisch-Theologischen Zentrum (PTZ) in Stuttgart, um die Friedenserziehung an den Schulen zu stärken. Die Gesprächskreise Lebendige Gemeinde und Kirche für morgen wollen eine Projektstelle zur Begleitung von Menschen im Bereich Freizeit und Tourismus. Mit beiden Vorhaben werden sich nun die zuständigen Ausschüsse befassen.



Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Michael Fritz (rechts), mahnte, den kleiner werdenden Gestaltungsspielraum zu nutzen

Finanziell auf einem guten Weg

„Die Antworten auf die absehbaren Herausforderungen sind im Haushaltsplan gut gegeben. In Zukunft werden noch ganz andere Herausforderungen auf uns zukommen, die wir zu gegebener Zeit beantworten werden. In dieser Vorläufigkeit können wir behaupten,



Pfarrer Dr. Harry Jungbauer für Evangelium und Kirche

dass wir in finanzieller Hinsicht in unserer Landeskirche auf einem guten Weg sind“, erklärte Dr. Harry Jungbauer für den Gesprächskreis Evangelium und Kirche. Mit ihrer Unterstützung für Flüchtlinge und Flüchtlingsarbeit habe die Landeskirche „die wohl wichtigste Herausforderung“ gut erkannt und finanziell sehr angemessen reagiert. Auch die inhaltlichen Planungen und finanziellen Ausstattungen für den Kirchentag wie auch das Reformationsjubiläum würden von seinem Gesprächskreis unterstützt. Mit der Sonderausschüttung sowie der dreiprozentigen Grundsteigerung der Gelder für die Kirchenbezirke und Gemeinden verbinde man die Erwartung, dass ein Teil davon für Investitionen genutzt werde. Sein Gesprächskreis befürworte die Personalausgaben und wolle u. a. durch die Personalstrukturplanung dafür sorgen, dass auch in Zukunft die nötigen Mittel zur Verfügung stünden. Die Landeskirche dürfe auch im Stellenbereich nicht an die bisherigen Strukturen gefesselt bleiben.

Wir sind eine reiche Landeskirche

„Wir sind eine reiche Landeskirche“, sagte Matthias Böhler im Namen des Gesprächskreises Kirche für morgen: „Die Aufstockung der Mittel für die Flüchtlingsarbeit muss sein.“ Bei vollen Kassen falle es leicht, auch an andere zu denken. „Wir geben von unserem Überfluss. Und davon nur einen Bruchteil“, so Böhler. Er erinnerte an das Haushaltsgesetz, nach dem zehn Prozent der Mehreinnahmen an nach außen gerichtete Projekte gehen sollen.

Initiativen zur Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung müssten oberste Priorität haben. Dafür gelte es auch, Strukturen anzupassen. Seinen Gesprächskreis ärgere es, dass dem JesusTreff in Stuttgart, einer „Lebensweltgemeinde“, seit drei Jahren von der Synode und dem Oberkirchenrat Unterstützung signalisiert werde, Lösungen aber bisher nicht gefunden worden seien. Sein Gesprächskreis möchte eine zeitnahe Lösung. Darüber hinaus



Matthias Böhler für Kirche für morgen

setze er sich dafür ein, dass Investitionen in der Jugendarbeit überproportional gefördert und zu einem Schwerpunkt zukünftiger Haushaltspläne würden. Für das Reformationsjubiläum gebe die Landeskirche viel Geld aus, sein Gesprächskreis nehme aber nichts Innovatives wahr. Reformation und rückwärtsorientiertes Denken passten nicht zusammen.

Stellen aus Budgetrücklagen

Es sei zu klären, in welcher Höhe die Kapitaldeckung bei den Pensionsverpflichtungen sinnvoll sei, da ein Großteil der Deckungslücke wegen der derzeit niedrigen Zinsen entstehe, erklärte Elke Dangelmaier-Vinçon für den Gesprächskreis Offene Kirche. Zudem sei es kurzfristig, Rücklagen weiter zu füllen, während wichtige Arbeitsfelder unterfinanziert seien. Nötige Stellen in den Bereichen christlich-islamisches Gespräch, Friedensarbeit, Umwelt und Weltanschauungsfragen könnten aus



Pfarrerinnen Elke Dangelmaier-Vinçon für Offene Kirche

Budgetrücklagen finanziert werden, ebenso eine Stelle für Friedenserziehung im Pädagogisch-Theologischen Zentrum (PTZ). Der Verteilbetrag an die Gemeinden solle erhöht und die Gemeinden damit besser ausgestattet werden. Ihr Gesprächskreis kritisiere die Mittelvergabe für das Reformationsjubiläum und wolle, dass die beantragten 250.000 Euro für die protestantischen Gemeinden in der Diaspora auch bereitgestellt würden. Die strategische Planung müsse sich vorrangig dem Ziel der Mitgliederbindung und Mitgliedergewinnung widmen. „Die bisherigen Rezepte entwickeln keine ausreichenden Bindungskräfte“, sagte sie. Zudem gelte es, die Aufträge für den Religionsunterricht zu flexibilisieren und besser zu vernetzen, um ihn in der Fläche zu gewährleisten.

Im EKD-Vergleich stehen wir gut da

„Entscheidend wichtig“ sei seinem Gesprächskreis Lebendige Gemeinde, dass die Kirche Menschen für den Glauben gewinne. „Wir sind dankbar, dass der Haushaltsplan viele kleine und wenige große Beträge für dieses Ziel bereitstellt“, sagte Tobias Geiger. Mit Verweis auf das hohe Pro-Kopf-Kirchensteueraufkommen betonte er, die Landeskirche stehe im EKD-Vergleich gut da. Ein „Wermutstropfen“ sei jedoch die unterdurchschnittliche Kapitaldeckung bei den Versorgungsverpflichtungen. Man begrüße deshalb das Ziel der Mittelfristigen Finanzplanung, die Deckungslücke von derzeit 46 auf 30 Prozent zu verringern. Denn „wir brauchen Spielräume für die Zukunft“. Sein Gesprächskreis unterstütze auch, dass die Landeskirche derzeit viel Geld ausgeben, um die Kirche zukunftsfähig zu machen. Geiger nannte in diesem Zusammenhang: ein neues Finanzwesen, das Projekt „Integrierte Pfarrplan-, Immobilien- und Strukturlösungen“, Werbung für das Theologiestudium und die Mitgliederkampagne. Der Rat der EKD habe in seinem Impulspapier „Kirche der Freiheit“



Pfarrer Tobias Geiger für Lebendige Gemeinde

das Ziel formuliert, gegen den Trend zu wachsen und offensiv auf gesellschaftliche Entwicklungen zu antworten. Davon wünsche er sich mehr Impulse im Haushaltsplan.



Oberkirchenrat Werner Baur stellt die Statistik „Jugend zählt!“ vor

Kirche attraktiv für junge Leute

Statistik „Jugend zählt!“ wird vorgestellt. Erstmals geht es um eine Gesamtschau der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

„Bisher richtete sich der Blick meist auf eine Sparte: auf die Kirchenmusik, den Kindergottesdienst oder die Jugendarbeit“, beginnt Oberkirchenrat Werner Baur seinen Bericht vor der Synode. In der Statistik „Jugend zählt!“ gehe es erstmals um eine Gesamtschau der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kirchengemeinden und -bezirken in Baden und Württemberg. Jeder Kirchenbezirk habe eine regionale Auswertung mit seinen Zahlen erhalten, verbunden mit Folien zu den demografischen Grunddaten des Dekanats und des Landkreises. Auch die Kirchengemeinden und alle beteiligten Jugendverbände haben einen solchen Foliensatz für ihren Bereich erhalten.

Einige Ergebnisse präsentierte Landesschülerpfarrer Dr. Wolfgang Ilg, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Tübingen: „Vor allem Kinder werden gut erreicht, beim Übergang zu den jungen Erwachsenen wird die Quote deutlich geringer.“ Allerdings seien in diesem Alter auch viele schon als Mitarbeitende aktiv.

Insgesamt komme Baden-Württemberg auf fast eine halbe Million Teilnahmen pro Jahr an Einzelangeboten. Die Vitalität und Vielfalt der Kinder- und Jugendarbeit werde beispielsweise bei den Kinderbibeltagen und -wochen deutlich, an denen fast 60.000 Kinder pro Jahr teilnehmen. Die andere große Kategorie stellten die regelmäßigen Gruppen mit über 300.000 Teilnehmenden dar. Dazu gehörten auch die jährlich etwa 40.000 Konfirmanden sowie 30.000 Kinder im Kindergottesdienst.

Die musikalische Arbeit, also vor allem Kinderchöre, aber auch Posaunenchöre und Bands, erreichten knapp 60.000 junge Menschen.

Kirche sei für junge Menschen nach wie vor attraktiv, schlussfolgert Ilg. Projektleiter Gottfried Heinzmann, Leiter des Evangelischen Jugendwerks Württemberg, betonte: Dies sei „nicht der Abschluss, sondern der Auftakt zu einer intensiven Auswertung und Interpretation der Ergebnisse auf allen Ebenen der Landeskirche“.

Die Zukunft von Kloster Denkendorf

Von der Umsetzbarkeit des Baus eines Pflegeheims im Kloster Denkendorf sei auszugehen, so Oberkirchenrat Hans-Peter Duncker. Ein Betreiber sei in den Zieglersche Anstalten e. V., einem diakonischen Träger, gefunden worden. Vier Architekturbüros sollen bis Ende Januar 2015 Vorschläge für die Gestaltung vorlegen. Parallel werde derzeit geklärt, welche denkmalrechtlichen Anforderungen zu erwarten sind.

Das Kloster Denkendorf soll in eine GmbH eingebracht werden, die 100%ige Tochter der Landeskirche ist. Sowohl das neue Pflegeheim als auch der Gebäudeteil für das betreute Wohnen sollen langfristig an die Zieglersche Anstalten e. V. vermietet werden. Allerdings habe sich in der Planung ergeben, dass die optimale Größe von 60 Betten nicht umzusetzen ist. Deshalb habe die Landessynode eine Million Euro als Vermarktungshilfe bereitgestellt. Damit könne über die Abschreibungszeit die Miete des Neubaus so weit reduziert werden, dass auch bei einem Pflegeheim mit nur 45 Betten die Refinanzierung gesichert ist.

Die Gemeinde Denkendorf beteilige sich an den Kosten des Wettbewerbs zur Gestaltfindung und unterstütze die Pläne der Landeskirche. Verträge bestünden bisher mit dem Büro SchreiberPlan über die Begleitung des Verfahrens mit vier Architekturbüros zur Gestaltfindung und mit dem diakonischen Träger „Dienste für Menschen“ über die fachliche Begleitung der bisherigen Planungsschritte. Verträge gebe es auch mit Architektur- und Ingenieurbüros, die Voruntersuchungen und Vorplanungen erstellt haben. Mit den Zieglersche Anstalten e. V. sei ein förmlicher Betreibervertrag noch nicht geschlossen, da der Zeitpunkt einer Inbetriebnahme nicht feststeht. Jedoch bestehe ein Konsenspapier zu den wesentlichen Punkten für die Übernahme des Betriebs.

Sterbende begleiten

In der aktuellen Stunde diskutiert die Synode über Sterbehilfe. Synodale loben die Sterbebegleitung in Hospizen und Einrichtungen der Diakonie.

In meist sehr persönlichen Statements lehnte eine breite Mehrheit der Synodalen die organisierte Sterbehilfe ab. „Ich möchte nicht durch die Hand eines Menschen sterben, sondern an der Hand eines Menschen aus dem Leben gehen“, sagte die Synodale Tabea Dölker (Holzgerlingen). Sie hinterfragte die Rede vom „selbstbestimmten“ Sterben. Der biblischen Botschaft entspreche „ein beziehungsorientiertes Verständnis von Autonomie“. Markus Mörike (Münsingen) warnte vor einem Wandel im gesellschaftlichen Klima: „Wie wirkt es auf einen schwerst mehrfach behinderten Menschen, wenn in Talkshows gesagt wird: ‚Ich



Dr. Harald Kretschmer: „Die Hilfe zum Suizid liegt in der Gewissensentscheidung des Einzelnen“

möchte nicht als Pflegefall dahinsiechen?“ Für Christen gebe es aber kein „lebensunwertes Leben“. Diakonische Einrichtungen setzten sich unter schweren Bedingungen für eine würdevolle Pflege ein: „Sie leisten Seelsorge und begleiten beim Sterben, achten das Gegenüber als Geschöpf Gottes.“ Dies sei der „kirchliche Beitrag zum Thema Sterbebegleitung“. Auch Schwester Margarethe Mühlbauer (Schwäbisch Hall) thematisierte die gesellschaftlichen Erwartungen: „Ich erlebe immer wieder, dass alte Menschen sagen: ‚Ich will meiner Familie nicht zur Last fallen.‘“ Dieser Wunsch habe seine Ursache im „vorgegaukelten Bild des topfiten Menschen“. Palliative Angebote und Hospizdienste müssten rasch

ausgebaut werden. Ihre finanzielle Förderung lasse zu wünschen übrig.

Wenn mehr Leute wüssten, welche Hilfestellungen es für sterbende Menschen und ihre Angehörigen gibt, wären Sterben und Krankheit weniger angstbesetzt. Darauf wies Edeltraud Stetter (Balzheim) hin. In vielen Diakoniestationen arbeiteten Palliativ-Fachkräfte. Palliativstationen und Hospize leisteten hervorragende Arbeit und böten „Lebensqualität für die letzten Wochen“.



Tabea Dölker hinterfragte die Rede vom „selbstbestimmten Sterben“

Scharfe Kritik an kommerziellen Angeboten der Sterbehilfe übte die Synodale Iris Carina Kettinger (Heidenheim): „Es darf nicht so weit kommen, dass assistierter Suizid zum Geschäftsmodell in einer vom Kommerz geprägten Gesellschaft wird“, sagte sie. Und Ute Mayer (Weil der Stadt) möchte sich „keine Gesellschaft vorstellen, in der gefragt wird, ob Hospize finanziert werden müssen“. Die Geburt sei in der Regel kein Spaziergang, „warum erwarten wir dann, dass es das Sterben ist?“. Der Arzt und Synodale Dr. Harald Kretschmer (Tübingen) gab dagegen zu bedenken, dass sich nicht alle Schmerzen durch Medikamente beherrschen lassen: „Menschen, die unter unerträglichen Schmerzen leiden, bei ihrem Wunsch zum Ende des Lebens zur Seite zu stehen, halte ich für eine wichtige mitmenschliche Aufgabe.“ Die Hilfe zum Suizid liege in der Entscheidung des Einzelnen.

Zündende Ideen sind gefragt

Im Februar 2015 startet die evangelische Landeskirche einen Ideenwettbewerb. Ziel: mit den Menschen ins Gespräch kommen.

www.kirche-macht-was.de: So lautet die URL einer neuen Website, die ab Februar 2015 für die folgenden drei Jahre Dreh- und Angelpunkt guter Ideen für Kirche und Glauben werden soll. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für das Reformationsjubiläum 2017 plant der Oberkirchenrat einen Ideenwettbewerb, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

„Eigentlich werden es neun Wettbewerbe sein“, erklärte Till Heckel, Mitarbeiter der durchführenden Agentur Leonhardt & Kern, bei einer Präsentation vor der Herbstsynode. „Wir wollen Themen vorgegeben und in einen gesellschaftlichen Zusammenhang stellen. So soll ein Diskurs angeregt werden.“ Als Beispiel für ein Themenfeld nannte Heckel das Frage-Antwort-Spiel „Gottes Wort spricht alle an“ – „Ich höre nichts“. Die Kirchengemeinden mit ihren Gruppen und Kreisen sowie alle Kirchenmitglieder sind aufgerufen, neue oder wenig bekannte, aber zündende Ideen zu den vorgegebenen Themenfeldern zu entwickeln. Dem Einfallsreichtum der Menschen seien dabei keine Grenzen gesetzt, so Till Heckel.

Kirchenrat Dan Peter bat um Verständnis dafür, wenn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mehr verraten würde. „Wir wollen die Spannung erhalten“, so Peter. Über die eingereichten Ideen können alle Interessierten online abstimmen. Im „Finale“ wird dann eine Fachjury entscheiden, welche der Ideen umgesetzt wird.

Nächste Synodaltagung:

Die 15. Landessynode trifft sich zu ihrer Frühjahrstagung vom 12. bis 15. März 2015 im Hospitalhof in Stuttgart.

Einladende Volkskirche

Der Oberkirchenrat stellt unter der Überschrift „Strategische Planung“ Schwerpunkte für die künftige kirchliche Arbeit zur Diskussion.

„Zum Glauben einladende Volkskirche“, „Diakonische Kirche in Leidenschaft für den Einzelnen“ und „Orientierung in reformatorischer Tradition“ sind drei strategische Ziele, die der Oberkirchenrat für die kommenden Jahre formuliert hat. Im Bericht von Direktorin Margit Rupp, vertreten von Hans-Joachim Janus, fanden sich dazu konkrete Vorstellungen.

So soll die Landeskirche in den kommenden Jahren verstärkt Kinder und Jugendliche in den Blick nehmen. Tauffeste, experimentelle Gemeindeformen und Kulturangebote für Jugendliche sollen gefördert und den Gemeinden im ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die fünfte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der EKD zeige, „dass es wichtig ist, in jungen Jahren den christlichen Glauben im Alltag und mit seiner Alltagsrelevanz zu erfahren und damit eine gute Grundlage für eine kirchliche Bindung zu ermöglichen“.

Volkskirche bedeute: „Wir sind eine Kirche, die auf Menschen zugeht, um sie zum Glauben einzuladen und sie zu einem Leben in Gerechtigkeit und Solidarität zu rufen. Volkskirche sein, das heißt: nahe bei den Menschen und in der Fläche präsent – schlicht, missionarisch sein.“ Auf dem Lande sei es eine besondere Herausforderung, die Kirche wohnortnah zu erhalten. Rupp: „Im Strukturausschuss diskutieren wir über Formen der Kooperation von Kirchengemeinden in kleineren Orten und im ländlichen Raum.“

Beim diakonischen Engagement der Kirche werde die Hilfe für Flüchtlinge immer wichtiger. Ein weiteres Anliegen sei es, „die gute Nachbarschaft vor Ort in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und auch mit den islamischen Gemeinden ins Bewusstsein zu bringen“, so Rupp.

Ein Ideenwettbewerb für Gemeinden und Einrichtungen soll das reformatorische Profil schärfen. Auch der Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart biete dafür eine besondere Chance. Mit diesen Schwerpunkten will der Oberkirchenrat dazu beitragen, „dass die Landeskirche als zivilgesellschaftliche Größe und kompetente Kraft für christlichen Glauben, Menschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen wird“.

In der anschließenden Aussprache wurden einzelne Aspekte des Berichts des Oberkirchenrats gewürdigt, etwa „die Ermutigung für den Pfarrdienst, die Stärkung der Gemeinden vor Ort und die Erinnerung an öffentliche Verantwortung“, die Maike Sachs (Gächingen) lobend erwähnte. Allerdings wünschte der Synodale Dr. Willi Beck (Sulzbach/Murr) mehr Mut zum Risiko, „eine nach vorne sich verändernde Kirche, die zukunftsorientiert ist und sich weniger an der Tradition orientiert“. Dieter Abrell (Stuttgart) vermisst eine Strategie für die „digitale Gesellschaft“. Dr. Friedemann Kuttler (Honhardt) moniert, der Oberkirchenrat plane über die Köpfe der kirchlichen Basis hinweg. Kuttler: „Wir brauchen eine Strategie mit den und nicht für die Gemeinden.“ Und für Elke Dangelmeier-Vinçon (Ludwigsburg) „kommt das Mitgestalten zu kurz“. Sie wünscht sich „eine Kirche, die sich auf allen Ebenen ins Gemeinwesen einmisch“.

Zum weiteren Vorgehen erläuterte Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July: „Das Kollegium im Oberkirchenrat wird sich mit der heutigen Aussprache und den Argumenten auseinandersetzen und sie bewerten. Dann geht es in die Fachausschüsse.“ Die Strategische Planung sei „kein Prozess, bei dem der Oberkirchenrat sich einsam was ausdenkt, sondern es ist ein Prozess, bei dem wir gemeinsam unterwegs sind“.



Gruppenfoto der 15. Landessynode:

Die württembergischen Synodalen sind die einzigen Kirchenparlamentarier in der EKD, die direkt gewählt werden.

Ausstellung zum Thema Schenken, Stiften und Vererben

Pfarrer Helmut Liebs und Oberkirchenrat Dieter Kaufmann berichten von der Ausstellung und Konzeption „Was bleibt“. Darüber sollen Menschen ins Gespräch kommen, betonte Oberkirchenrat Dieter Kaufmann.

„Was bleibt.“ ist der Titel einer Ausstellung des Fundraising- und Stiftungsmanagements der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zum Thema Schenken, Stiften und Vererben. Durch „Was bleibt.“ sollen Menschen ins Gespräch kommen, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Das sei bei dem Thema Sterben und Tod nicht immer einfach. Die Ausstellung biete einen Zugang zu einem solchen Dialog. Methode und Ziel von Fundraising ist die Bitte, dass Menschen sich engagieren – mit Zeit, mit Ideen und Beziehungen; in Gedanken, in Gebeten und im Geben; als Fürsprecherin oder Fördervereinsmitglied, als Spenderin oder Stifter, als Schirmherrin oder Sponsor. Das Fundraising und Stiftungsmanagement in der

Landeskirche berät Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, um mit diesen beispielsweise Spendenkampagnen zu entwickeln, Stiftungen auf den Weg zu bringen oder Sponsoren zu gewinnen. Dabei nennt das Fundraising und Stiftungsmanagement das förderbedürftige Vorhaben, die Kosten, die verfügbaren Mittel und den Finanzbedarf. Auf eines jedoch sprechen sie einen Menschen nicht an: auf das Vererben. Vielmehr gehen sie in dem Maße auf das Thema ein, wie der Gesprächspartner oder die Gesprächspartnerin es wünscht. Es kann in Gesprächen über das, was bleibt, auch die Frage nach der Testamentsgestaltung und des Nachlasses an Kirche oder Diakonie zum Thema werden, wenn die Gesprächspartner es von sich aus wünschen. Wenn Menschen die

Kirche als Erben einsetzen oder ihr etwas vermachen, sei dies ein Ausdruck des Vertrauens, so Oberkirchenrat Kaufmann. Es dürfe seitens Kirche und Diakonie aber keine Testamentsberatung im juristischen Sinne gemacht werden.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH

Redaktion: Kirchenrat Dan Peter (verantwortlich), Stephan Braun, Ute Dilg, Tabea Frey, Nadja Golitschek, Sabine Löw, Jens Schmitt, Christoph Schweizer, Peter Steinle

Fotos: Gottfried Stoppel, Dan Peter

Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart

„beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei: Evangelisches Medienhaus GmbH

Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG